

Niederschrift
über die
4. Sitzung des Regionalrates
am 06. Dezember 2001
in Herne

Beginn: 9.00 Uhr
Ende: 12.30 Uhr

Anwesende: siehe Anwesenheitsliste (Anlage I)

4. Sitzung des Regionalrates

am 06.12.2001

in Herne

um 9.00 Uhr

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit des Regionalrates
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Benennung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
4. Genehmigung der Niederschrift über die 3. Sitzung des Regionalrates am 28.09.2001
5. Schwerpunktthema:
"Projekt Ruhr GmbH"
Referent: Hanns Ludwig **Brauser**, Geschäftsführer der Projekt Ruhr GmbH
Vorlage 30/4/01
6. Gebietsentwicklungsplan für den Regierungsbezirk, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund – westlicher Teil - (Dortmund/Kreis Unna und Hamm)
Erarbeitungsbeschluss
Vorlage 31/4/01
7. 7. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes des Regierungsbezirkes Münster, - Teilabschnitt Münsterland auf dem Gebiet der Stadt Oelde sowie 25. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes Detmold, Teilabschnitt Bielefeld – Gütersloh auf dem Gebiet der Stadt Rheda-Wiedenbrück und Detmold –
Beteiligung des Regionalrates des Regierungsbezirks Arnsberg
Vorlage 32/4/01

8. Planungsrechtlicher Umgang mit Mobilfunk-Antennenanlagen
aktuelle Information
Vorlage 33/4/01

9. Gemeindefinanzierungsgesetz 2002
Information
Vorlage 34/4/01

10. Innovationskreis "Bürgerengagement"
Information
Vorlage 35/4/01

11. Wachstums- und Beschäftigungspakt Ruhr
Information
Vorlage 36/4/01

12. Ziel 2-Programm 2000-2006
Information
Vorlage 37/4/01

13. Förderprogramm "Regionale Kulturpolitik 2002"
Beratung und Beschlussfassung
Vorlage 38/4/01

14. Förderprogramm für den kommunalen Straßenbau
Beschluss über den regionalen Vorschlag zum Förderprogramm 2002
Vorlage 39/4/01

15. Förderprogramm für den ÖPNV –
Beschluss über den regionalen Vorschlag zum Förderprogramm 2002
Vorlage 40/4/01

16. Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 3 Mio. € (einschl. Neubau von Radwegen an bestehenden Landesstraßen)

Beschluss über die Priorisierung der Maßnahmen

Vorlage 41/4/01

17. Mitteilungen

18. Anfragen

zu TOP 1: Der Vorsitzende des Regionalrates, Herr Hermann-Josef **Droege**, eröffnet die Sitzung. Er stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Als Gäste der heutigen Sitzung begrüßt er herzlich - verbunden mit dem Dank für die gewährte Gastfreundschaft - den Oberbürgermeister der Stadt Herne, Herrn Wolfgang **Becker** sowie den Vertreter des Landschaftsverbandes, Herrn Prof. **Balzer**, die beide ein Grußwort an den Regionalrat richten.

Als Vertreterin der Staatskanzlei heißt der Vorsitzende Frau Oberregierungsbaurätin **Kötter** herzlich willkommen. Ein weiterer Gruß geht an Herrn Regierungspräsident Wolfram **Kuschke** sowie an alle anwesenden Vertreter/-innen der Verwaltung.

Sein besonderer Gruß gilt Herrn Hanns Ludwig **Brauser**, der die Aufgaben der Projekt Ruhr GmbH als dessen Geschäftsführer unter TOP 5 vorstellen wird.

zu TOP 2: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
" Der bekanntgegebenen Tagesordnung wird zugestimmt."

zu TOP 3: Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird das Ratsmitglied **Hans-Friedel Donschen** benannt.

zu TOP 4: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
" Der Regionalrat genehmigt die vorgelegte Niederschrift über die 3. Sitzung des Regionalrates am 28.09.2001."

zu TOP 5: Der Vortrag des Herrn **Brauser** sowie die sich anschließende Diskussion ist als Anlage II beigefügt.

Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

" Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis."

zu TOP 6: Der Regionalrat fasst bei **drei Gegenstimmen** folgenden **Beschluss**:

" 1. Der Gebietsentwicklungsplan für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund – westlicher Teil - wird entsprechend dem vorliegenden Entwurf erarbeitet.

2. Die nach § 1 Abs. 1 und 2 der 2. Durchführungsverordnung (DVO) zum LPIG zu beteiligten Behörden und Stellen ergeben sich aus der Anlage 1.

3. Die Frist, bis zu der die Beteiligten Anregungen und Bedenken zum Planentwurf vorbringen können, wird unter Beachtung von § 15 Abs. 1 LPIG auf 6 Monate festgesetzt."

zu TOP 7: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

" Der Regionalrat erhebt keine Anregungen und Bedenken gegen die beabsichtigte Änderung der GEP-Teilabschnitte Münster und Bielefeld-Gütersloh."

zu TOP 8: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

" Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis."

zu TOP 9: Als Tischvorlage ist eine Ergänzungsvorlage mit den neuesten Daten ausgelegt. Außerdem ist die Verwaltung dem Wunsch der Struktur-

kommission gefolgt und hat Informationen zur Pauschalierung der Feuerschutzsteuer vorgelegt. Er wird deutlich gemacht, dass es sich hierbei um Modellrechnungen und nicht um endgültige Daten handelt.

Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

" Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis."

zu TOP 10: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

" Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis."

zu TOP 11: In der Sitzung der Strukturkommission wurde beschlossen, dass der Regionalrat dem Wachstums- und Beschäftigungspakt Ruhr beitreten soll. Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

" 1. Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.

2. Der Regionalrat begrüßt den von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen initiierten "Wachstums- und Beschäftigungspakt Ruhr" und schließt sich den darin formulierten Zielen an. Zum Ausdruck der aktiven Partnerschaft des Regionalrates wird der Vorsitzende gebeten, durch seine Unterschrift den Beitritt zu diesem Pakt zu vollziehen."

zu TOP 12: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

" Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis."

zu TOP 13: Die CDU-Fraktion beantragt, den Beschlussvorschlag neu zu fassen. Der Antrag ist dieser Niederschrift als Anlage III beigefügt.

Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

- " 1. Der Regionalrat berät die Projektplanungen zur Regionalen Kulturpolitik für das Jahr 2002.

2. Der Regionalrat setzt gem. § 7 Abs. 3 LPIG folgende Vorhaben als prioritär fest:
 - Literaturprojekt "Mord am Hellweg: Tatort Region"
 - Hellweg konzertant – Marketing der sommerlichen Musikfestivals
 - Internationales Theaterfestival in der Region Hellweg
 - Sauerland-Herbst 2002 (weltgrößtes Brass-Festival)
 - Waldskulpturenweg Wittgenstein-Sauerland
 - Festivalreihe "Die Drei (Hilchenbach-Balve-Hagen)

3. Der Regionalrat fordert die Landesregierung auf, zukünftig dem Regierungsbezirk die Mittel als Pauschale zuzuweisen, damit eine Entscheidung über die Mittelverwendung durch den Regionalrat getroffen werden kann."

zu TOP 14: Da in der ursprünglichen Vorlage eine Maßnahme nicht aufgeführt wurde, ist eine berichtigende Tischvorlage ausgelegt worden.

Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

- " 1. Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.

2. Der Regionalrat beschließt den regionalen Vorschlag zum Förderprogramm für den kommunalen Straßenbau einschließlich des Radwegeprogrammes 2002 für den Regierungsbezirk Arnsberg."

zu TOP 15: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

- " Der Regionalrat beschließt den Programmvorschlag ÖPNV-Infrastruktur 2002 der Bezirksregierung Arnsberg."

zu TOP 16: Nachdem bereits die Verkehrskommission beschlossen hatte, den Beschlussvorschlag um einen Appell an die Landesregierung zur Ausstattung mit angemessenen Finanzmitteln zu richten, legt die CDU-Fraktion ergänzend einen entsprechenden Antrag – Anlage IV - vor.

Der Regionalrat fasst bei **drei Gegenstimmen** folgenden **Beschluss**:

- " 1. Der Regionalrat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.
2. Er beschließt die beigefügte Priorisierung für das Programm Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 3,0 Mio € einschließlich des Neubaus von Radwegen an bestehenden Landesstraßen.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert den Titel 777 12 (Um- und Ausbaumaßnahmen bis 3,0 Mio €) mit angemessenen Finanzmitteln auszustatten."

zu TOP 17: Als schriftliche Informationen wurden mit der Einladung versandt:

Stellungnahme der Bezirksregierung Arnsberg an die Bezirksregierung Münster in Bezug auf das landesplanerische Anpassungsverfahren gem. § 20 LPIG (52. Änderung des FNP der Stadt Castrop-Rauxel – Freizeit- und Sportzentrum Xscape) sowie das Schreiben des Vorsitzenden des Regionalrates, Herrn Droege, vom 18.10.2001 in dieser Angelegenheit

Broschüre des Innenministeriums "moderne Verwaltung"

VMimpulse – Ausgabe 7

Weiterhin gibt der Vorsitzende folgende Mitteilungen:

Die Genehmigung der 7. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Arnsberg, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund –

östlicher Teil – im Gebiet der Stadt Soest ist im Gesetz- und Verordnungsblatt NW vom 30.07.2001 veröffentlicht worden.

Der Bezirksplanungsbehörde liegt ein Schreiben der anerkannten Naturschutzverbände NRW vor, in dem die Verletzung von Verfahrensvorschriften des Landesplanungsgesetzes bei der Erarbeitung und Aufstellung der Änderung des GEP Arnsberg für den Teilabschnitt Oberbereiche Bochum und Hagen im Gebiet der Stadt Altena geltend gemacht werden.

Als weitere Mitteilung sind ausgelegt worden:

Landesplanungsbericht der Landesplanungsbehörde

gesetzliche Änderungen im Hinblick auf die Umstellung auf Euro

zu TOP 18: Es liegt eine Anfrage nach § 12 GeschO RR – Anlage V - vor:

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Erarbeitungsverfahren des Gebietsentwicklungsplanes – Teilabschnitt Dortmund-/Unna/-Hamm vom 03.12.2001.

Außerdem überreicht die CDU-Fraktion schriftliche Fragen im Zusammenhang mit dem Wuchs der sogen. Wasserpestpflanze –"Elodea" im Kernader See

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 12.30 Uhr.

.....
Droege, Vorsitzender

.....
Donschen, Ratsmitglied

.....
Meier, Schriftführer

Schwerpunktthema: „Projekt Ruhr GmbH“

Referent: Hanns Ludwig Brauser, Geschäftsführer der Projekt Ruhr GmbH

Sitzung des Regionalrates am 06.12.2001 in Herne

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und herzlichen Dank, dass Sie sich die Zeit nehmen, sich mit unserer Aufgabenstellung ein wenig auseinander zu setzen.

Ich werde versuchen, unsere Aufgabenstellung anhand einiger Folien zu erläutern.

Sie alle wissen, dass wir mit der Projekt Ruhr GmbH mit gewissen Hypothesen gestartet sind. Eine Hypothese war, dass sich in der Diskussion die Auffassung hielt, eine unserer wesentlichen Aufgabenstellungen sei, dem KVR Konkurrenz zu machen. Eine zweite Argumentation, die Sie in den Medien finden können, ist, dass unsere Aufgabenstellung sei, das Ruhrgebiet quasi ein Stück weit zu beherrschen. Mit diesen polemischen Positionen möchte ich mich im Moment nicht auseinandersetzen, es sei denn, dass Sie nachher in der Diskussion eine Positionierung zu dem ein oder anderen Punkt wünschen.

Ich finde, dass es enorm wichtig ist, dass wir uns über die Stärken und Schwächen, die wir haben, unterhalten und versuchen, die Kräfte zu bündeln und unsere Region nach vorne zu bringen.

Wir haben Leitziele, die in vielen Reden über das Ruhrgebiet eine wichtige Rolle spielen: seine Potentiale, seine Belastungen aus der Vergangenheit und seine Zukunft. Wir alle wissen, dass diese Überschriften eine positive, aber auch eine negative Seite haben. Allein bei der dichten Forschungs- und Hochschullandschaft muss man natürlich nicht nur auf Quantitäten sondern auf Qualitäten gucken. Wir wissen, dass wir eine hohe Kaufkraft haben, dass wir aber auch größeren, enormen Problemen ins Auge sehen, die auf uns zu kommen.

Deswegen sollen neben den tendenziell positiven Positionen jetzt auch mal Probleme angesprochen werden. Wir haben eine Tendenz zur Überalterung. Sie wissen, dass wir hier in etwa die Altersstruktur der Bundesrepublik im Jahre 2015 haben. Global gesehen ist das noch nicht sonderlich problematisch, wenn man aber die Entwicklung auf Stadtteile runterbricht, wird es in einigen Kommunen ziemlich heftig.

An dieser Thematik müssen wir arbeiten. Wir wissen – und damit ist auch eine unserer Aufgabenstellung inhaltlich beschrieben – dass wir im Saldo eine Abwanderung haben von jungen, ausgebildeten Leuten, dass viele Menschen ihre Perspektive außerhalb des Ruhrgebietes sehen. Wir haben nach wie vor durch die gravierenden Strukturprobleme eine hohe Arbeitslosigkeit. Wir sind - durch die Struktur unserer industriellen Kerne und unserer mittlerweile weit über 60 % gewachsenen Dienstleistungsstruktur – sehr abhängig von der Binnenkonjunktur. Weiterhin kennen Sie die kommunalpolitische Diskussion über die Entwicklung der kommunalen Einnahmen, die ja nicht korrespondiert mit erweiterten Landeseinnahmen, sondern sich eher in einer Art Zangenbewegung fortbewegt.

Bei all dem darf man nicht übersehen, dass unsere Region, verglichen mit anderen Regionen, die eine ähnliche Monostruktur hatten, schon einen enormen Strukturwandel bewältigt hat. Aber es gibt keinen Grund, davon auszugehen, dass dieser Prozess beendet ist; sondern wir erleben ja unter Globalisierungstendenzen, dass wir weiter darum kämpfen müssen. Sie wissen, dass gerade auch unsere industriellen Kerne unter dem Globalisierungstendenzen bedroht sind, hierzu zwei symptomatische Stichworte: Chemiegürtel Emscher-Lippe-Raum oder auch Opel in Bochum.

Die Leitziele kann man – so glaube ich – gar nicht kontrovers diskutieren; sondern die entscheidende Frage ist, was für Konsequenzen zieht man daraus. An dieser Ecke stehen wir unter einem sehr hohen Druck, weil wir – die Projekt Ruhr GmbH – an den konkreten und praktischen Ergebnissen gemessen werden, und nicht an dem, was wir in Papiere schreiben.

Deshalb an dieser Stelle ganz kurz zu uns. Wir sind kein Ministerium, wir bewilligen keine Anträge, wir haben im Jahr 15 Mio. DM für Projektentwicklung zur Verfügung. Wir haben zwei Gremien – unser Aufsichtsrat besteht im wesentlichen aus dem Landeskabinett, unser Beirat besteht aus allen Oberbürgermeistern, allen Landrätinnen und Landräten. Diese beiden Gremien sind bewusst so kräftig ausgestaltet worden, weil eines von Anfang an klar war. Wenn man die Frage von vernetzten Strukturen und gemeinsamen Projekten diskutiert, ist man mittendrin in der kommunalpolitischen Auseinandersetzung und ist auch mittendrin in der Auseinandersetzung zwischen Ressorts und ihrer Interessen. Es wäre naiv zu glauben, dass man praktische Kooperationen formal erzwingen kann. Es muss um die inhaltliche Verabredung ge-

hen. Die Partner müssen erkennen, dass sie gemeinsame Vorteil hiervon haben, und es muss natürlich von den Gremien her politisch abgesegnet werden, sonst kann man formal nichts erreichen.

Als wir vor etwa 1 ½ Jahren anfangen, hat man uns mit Projekten zugeworfen. Wir hatten innerhalb von 5 Wochen fast 350 Projekte auf dem Tisch, von der Einrichtung eines Kindergartens bis hin zu einer neuen Straßenanbindung im kommunalen Bereich. Jeder hat seine Projekte aus der Schublade gezogen, die er immer schon mal gefördert haben wollte. Das ist aber genau nicht das, worum es eigentlich geht. Es geht im Kern darum, nicht alles zu fördern, was man früher gefördert hat, sondern einen Diskussionsprozess zu organisieren über Qualitäten und Prioritäten. Das Prinzip, dass jeder sein Projekt kriegt und wehe, der eine diskutiert die Qualitäten des anderen Projektes, weil hierdurch eine richtig schwierige Diskussion entsteht, kann nicht mehr gelten. Diese Zeiten sind vorbei. Das kann man bedauern, es ist aber unausweichlich.

Leider ist es so, dass wir für die vernünftige Investition der Ziel-2-Mittel, die wir haben – 4,2 Milliarden DM, auszugeben bis 2006 -, verdammt wenig Zeit haben. Wenn Sie sich große Projekte anschauen, ich nenne einmal als Beispiel den Innenhafen Duisburg, ist das, was dort heute existiert, die Arbeit von fast 9 Jahren. Diese Zeit haben wir nicht mehr, weil, auch wenn klar ist, dass es ein "Ziel 2" auch nach 2006 geben wird, völlig in den Sternen steht, ob wir dabei sind und in welcher Höhe. Eines ist nur klar, diese Mittelsituation werden wir nicht mehr bekommen.

Und auch ein zweites darf man nicht aus der Diskussion lassen. Auch heute schon muss sich ein Großteil der Kommunen des Ruhrgebietes selbst behelfen, denn sie gehören nicht mehr zur Ziel-2-Kulisse. Das ist nicht virulent in Ihrem Bereich, aber in anderen Bereichen der Regionalräte ist das schon ein Thema.

Diese Projektkriterien sind für uns, wenn man so will, auch Abwehrreaktionen. Alle Projekte, die keinen vernetzten Charakter haben und diese Kriterien nicht erfüllen, die geben wir weiter in den normalen Prozess, aber um die kümmern wir uns nicht. Das ist legitimiert von allen Oberbürgermeistern und allen Kabinettsmitgliedern – darauf lege ich gesteigerten Wert, weil es wichtig ist, diese politische Legitimation zu haben.

In der Folie „Projektstruktur der Projekt Ruhr GmbH“ ist das gesamte Arbeitsprogramm festgelegt, an dem wir im Moment in unterschiedlicher Intensität arbeiten. Ich beginne mit der unteren Leiste der kommunalen Entwicklungsschwerpunkte. Wir haben mit den Oberbürgermeistern und Landräten und auch mit dem Aufsichtsrat verabredet – das war nicht unsere Idee, sondern das war die Notwendigkeit, eine prioritäre Diskussion zu beginnen – die Kommunen und die Landkreise aufzufordern, Projektdefinitionen über ihre Stärken vorzunehmen. Abgabeschluss war der 29. Oktober. Wir haben 293 Projektanmeldungen, in sehr unterschiedlicher Qualität. Aber wenn man diese Projekte vergleicht mit denen vom letzten Jahr, muss man sagen, es gibt eine erstaunliche inhaltliche Diskussion in allen Bereichen des Ruhrgebietes über ihre Stärken und Entwicklungspotentiale. Diese Diskussion der kommunalen Entwicklungsschwerpunkte ist untrennbar verbunden mit der neuen, zum Teil noch abstrakten Diskussion über Kompetenzfelder.

Wir werden am 18. Dezember eine Aufsichtsratsitzung haben. Wir haben alle kommunalen Entwicklungsschwerpunkte in eine Arbeitsgruppe eingespeist, die mit allen Ressorts besetzt ist. Dort wird der Aufsichtsrat Kriterien festlegen, nach denen diese Projekte prioritär eingeordnet werden. Jetzt sind wir an einem entscheidenden Punkt angekommen. Die Anmeldungen übersteigen nämlich das Finanzvolumen, das wir haben, um das 5-fache. Weiterhin gibt es eine sehr unzureichende Bewertung der Projekte hinsichtlich ihrer Qualitäten: Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, nachhaltige Verbesserung der Infrastruktur, Entwicklung von Standortfaktoren für Investoren und Ankerpunkte für qualifizierte Kräfte die hier ausgebildet werden und hier bleiben sollen, und für diejenigen, die von außen gewonnen werden müssen, die hier ihren Platz finden und ihre Kapazität hier einbringen.

Wir haben exemplarisch zwei Leitprojekte –Zeche Zollverein und Phoenix – vorgelegt. Man kann auch "Hamm am Wasser" nehmen, man kann auch andere Themen nehmen. Alles sind Themen, die in eine inhaltliche Diskussion geführt werden und zwar nicht isoliert, sondern sie werden gegeneinander gestellt. Wir sind sehr beschimpft worden über die Position, die wir es nur für vertretbar halten, einen solchen Diskussionsprozess zu organisieren. Wir haben uns verpflichtet, und das ist für das Ruhrgebiet wirklich neu, dass alle Städte und Kreise wissen, was in den anderen Kommunen und Kreisen gedacht wird, d.h. wir haben alle Projektanmeldungen allen

zur Verfügung gestellt und damit natürlich auch unterschiedliche Qualitäten dokumentiert.

Man muss einfach sehen, dass es Kommunen gibt, die seit 5 oder 7 Jahren an Entwicklungsprojekten arbeiten, zum Teil mit intensiver Unterstützung durch Berater, während andere gerade erst angefangen haben. Die haben gar keine Chance, diese Qualität nachzuholen; dem muss man natürlich Rechnung tragen. Aber es ist unsere Aufgabe, dass wir mit unseren 25 Leuten, diese Hilfestellung für die Kommunen leisten – auch mit Geld. Wir werden diesen Diskussionsprozess bis in das Frühjahr entschieden haben, und dann ist relativ klar, was aus Ziel-2-Mitteln gefördert wird und was nicht.

Ein großes Problem wird auch festgemacht an den Kompetenzfeldern die Flächenproblematik, weil wir davon ausgehen, dass die notwendigen Flächensanierungen bei Weitem größer sind als das zur Verfügung stehende Geld. Auch hier wird es unausweichlich sein, einen Diskussionsprozess zu führen, welche Flächen wir uns leisten und welche wir uns nicht mehr leisten können. Deshalb einige Ausführungen zu den Kompetenzfeldern.

Es ist für die Diskussion der Landesregierung neu, dass sich alle Ressorts auf diese Kompetenzfelder verständigt haben. Kompetenzfeld meint: ein inhaltlich-ökonomisch definiertes Feld, sei es Branche oder darüber hinaus, auf dem die Beteiligten einen Diskussionsprozess beginnen. Diese Beteiligten sind immer Kommunen, Unternehmen, Gewerkschaften, Kammern, Wissenschaft und die Ressorts der Landesregierung. Sie wissen, es gibt Landesinitiativen zu den unterschiedlichsten Themen. Es gibt aber so gut wie keine Kooperation zwischen den Lehrstühlen der Hochschule sondern eher Abgrenzungsdiskussionen. Es gibt nach wie vor die tendenziell legitime Position, dass jede Kommune das raus holt, was sie bekommen kann, denn dafür sind die führenden Leute auch gewählt. Es gibt auch Probleme, die eine Kommune alleine überhaupt nicht mehr lösen kann. An dieser Stelle sind wir bei den Kompetenzfeldern. Hier nenne ich das Beispiel Logistik.

Wir haben von fast allen Kommunen Anmeldungen für Projekte zum Thema „Logistik“. Das gleiche übrigens zum Thema „IT“. Es gibt ja regionale Strukturen der Logistik, sich entwickelt haben, wir haben das Tor im Westen, wir haben das Tor im

Osten, wo ja auch mindestens von Seiten der Kammern darauf geachtet wird, dass diese Bereiche auch erkennbar werden als abgegrenzte Bereiche und wir haben in der Mitte Herne und Herten. Es ist zwingend notwendig, dass wir einen Diskussionsprozess organisieren, der das Ruhrgebiet insgesamt und darüber hinaus vernetzt und eine Diskussion ermöglicht, wo die Mittel, die wir noch haben, investiert werden, im Hinblick auf die Kriterien:

1. was erwarten wir an Verkehrsströmen mit Blick auf die EU-Erweiterung, mit der Ost-West-Achse und
2. wie gewinnen wir den Kampf, der insbesondere von den Holländern geführt wird, die Warenströme möglichst an uns vorbei zu führen und keinesfalls durch das Ruhrgebiet.

Diese zwei zentralen Aufgabenstellungen liegen auf dem Tisch, und hier müssen die Kriterien klar werden. Diese ist für mich zunächst keine parteipolitische Frage, sondern es ist eine Frage, wie wir uns aufstellen, denn wir werden von den finanziellen Ressourcen nie mehr die Chance haben, die wir in den letzten 5 Jahren hatten.

Ein zweites Beispiel „Medizintechnik“. Wir haben hochkarätige Lehrstühle in Medizintechnik, aber fast keine Kooperation. Von den letzten 15 Produkten, die hier entwickelt wurden, sind allein 10 im Ausland produziert worden und sind dann zurückgeflossen, das weist auf Vernetzungsprobleme hin. Wir werden versuchen mit diesen Standorten und den anderen, die hier noch nicht drin sind – hier muss Duisburg mit dazugenommen werden, Dortmund muss mit im Auge behalten werden, die Fachhochschule in Gelsenkirchen in bestimmten Bereich sehen – diese vernetzte Diskussion zu führen. Es gibt hier auch mit den Ministerien keinen Dissens, dass dieses zwingend notwendig ist.

Ganz kurz noch möchte ich eingehen auf die überregionalen Projekte.

Ich für meinen Teil finde, dass man trefflich über „Ruhrstadt“ rauf und runter diskutieren kann. Wenn man ökonomische Kriterien zugrunde legt, gibt es das alte Ruhrgebiet nicht mehr. Wenn Sie die Verflechtungen von Dortmund durch Pendlerströme und durch Infrastruktur und durch Vernetzung von Investitionen bewerten, hat Dortmund mit Essen überhaupt nichts am Hut. Und wenn Sie Duisburg nehmen, gibt es die Vernetzung nicht mit Bochum sondern mit dem Düsseldorfer Raum. Man kann

immer darüber diskutieren, nur wir müssen, meine ich, für Verkehrsplanung, für Flächenentwicklung, für Kooperationsbeziehungen der Universitäten diesen Entwicklungen Rechnung tragen. Deshalb haben wir mit der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung endlich analysiert, was eigentlich Investoren außerhalb unserer Grenzen interessiert. Wir müssen – was wir schon länger wissen – einfach anerkennen, dass den, der in Boston sein Geld einsetzen will, nicht Dortmund, Essen oder Düsseldorf interessiert; ja selbst Köln findet er gar nicht interessant bis auf den Dom, sondern den interessieren 5,5 Millionen kaufkräftige Bürger, den interessiert eine Infrastruktur und den interessiert eine Struktur, wo wer Geschäfte und Innovationen machen kann. Das sind die Elemente, mit denen wir werben müssen. Dieser Erkenntnisprozess ist schmerzhaft für manchen kommunalen Wirtschaftsförderer, weil diese in der Tat noch zum Teil – auch das bricht sich langsam auf – meinen, dass sie allein der Nabel der Welt sind. Dabei haben wir Potentiale und deshalb haben wir die Projekte für den Rhein-Ruhr-Raum definiert, denn diese Projekte machen nicht Halt an den Grenzen des KVR.

Diese Projekte sind:

- Metrorapid
- RUHR PILOT
- ruhr triennale
- Ruhr Digital und
- Olympia.

Letzter Punkt: die Querschnittsprojekte für das Ruhrgebiet.

Hier geht es ans Eingemachte, denn wenn Sie das, was ich eben zum demographischen Wandel gesagt habe, koppeln mit der Situation der benachteiligten Stadtteile, werden Sie merken, dass es hier leider Zusammenhänge gibt. Es gibt Stadtteile, da sterben in den nächsten Jahren von den verbliebenen 40 % deutscher Einwohner 60 % weg. Es werden keine Deutschen zuziehen, die aktiven Ausländer ziehen weg und dann haben wir Situationen, die man schwer beherrschen kann. Dies ist übrigens auch keine Frage, ob eine Stadt CDU- oder SPD-geführt wird, sondern dies ist eine Frage, wie man sich diesen Problemen annimmt und wie mutig man ist, sich auf ein 4-, 5-, 7-jähriges Programm einzulassen, um diese Stadtteile wieder nach vorne zu bringen. Es müssen wieder Unternehmen in diese Stadtteile hinein, die Adresse muss aufgewertet werden

Der Emscher Landschaftsplan ist ein gigantisches Investitions-Projekt, für die Region, für die Bau-Industrie, für die Arbeitsplätze, für die Leute, die dort leben.

Lernallianz, so wie wir es verstehen, heißt, Kooperation der Bildungsträger, die strukturell sehr selbstständig gewachsen sind, die alle mehr oder weniger an sehr klaren Fördertöpfen hängen, wenig Kooperation untereinander haben und überwiegend ausgerichtet sind auf die Erhaltung ihrer Substanz. Aber hier muss man ran. Hier geht es um viele inhaltliche Fragenstellungen von der Schule bis hin zur politischen und beruflichen Weiterbildung.

Ein letztes möchte ich anmerken. In der Folie „Projektstruktur der Projekt Ruhr GmbH“ finden Sie Projekte, die mit Pünktchen unterlegt sind. Dieses soll darauf hinweisen, dass auch eine Aufgabenstellung von uns ist, auszuloten, ob die theoretische Diskussion über PPP-Modelle praktisch realisierbar ist. Erstaunlicherweise können wir mittlerweile sagen, dass es in der öffentlichen Verwaltung Potentiale gibt - Stichwort Geo-Daten und Verkehrs-Daten -, die bisher überhaupt nicht marktfähig gemacht wurden. Im Rahmen „digitales Ruhrgebiet“ haben wir eine europaweite Ausschreibung gemacht und haben Unternehmen gefragt, ob sie sich an solch einem Portal mit eGovernment als Überschrift beteiligen. Nachdem wir eine Entscheidung aller Oberbürgermeister, es gemeinsam zu machen, erreichen konnten, haben wir eine Grundlage im Monat mit 11 – 15 Millionen Zugriffen zu rechnen. Diese ist den Unternehmen, die sich beworben haben, bis zu 7, 8 oder 9 Millionen DM Investment wert. Hier zeigt es sich: nicht wenn Dortmund oder Essen es alleine machen, sondern nur, wenn wir schaffen, es gemeinsam zu machen, haben wir eine Marktmacht, die wir auch einsetzen können, gerade auch im Zusammenhang mit dem enger werden der finanziellen Spielräume der öffentlichen Hand.

Ich habe Ihnen im Schnelldurchgang an exemplarischen Beispielen das gezeigt, was unser Auftrag ist. Zum Schluss möchte ich sagen, was wir am Montag in einer Diskussion mit dem KVR auch noch einmal deutlich gemacht haben, dass die Überbau-diskussion, wir würden mit dem KVR nicht kooperieren ist Quatsch, denn wir arbeiten an fast 20 gemeinsamen Projekten.

Dank für Ihr Zuhören, ich stehe Ihnen für all Ihre Fragen zur Verfügung.

PROJEKT R U H R

**Präsentation beim
Regionalrat der Bezirksregierung
Arnsberg**
Herne, 06.12.01

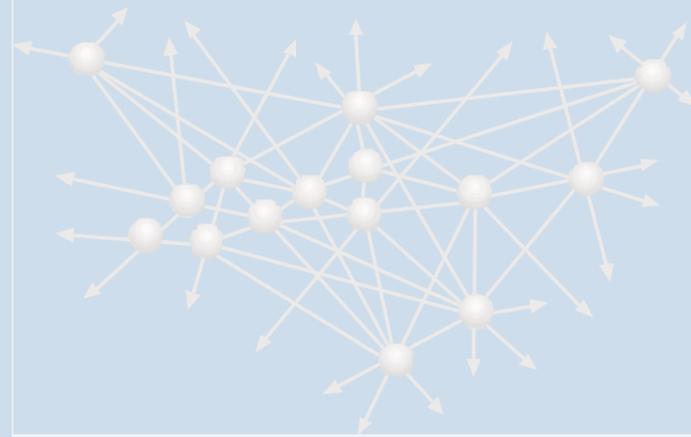
Agenda

1. Das neue Ruhrgebiet – Leitziele

2. Die Projekt Ruhr GmbH

3. Projekt-Beispiele

Das neue Ruhrgebiet – Leitziele



Das Ruhrgebiet heute

- zentrale Lage in Europa
- dichte Forschungs- und Hochschullandschaft
- dichte Verkehrsinfrastruktur
- Sitz international agierender Konzerne
- hohe Kaufkraft
- dichte Kulturlandschaft
- hoher Ausbildungsstand

Das Ruhrgebiet heute

- Tendenz zur Überalterung
- Abwanderung von Erwerbsfähigen
- Alters- und Langzeitarbeitslosigkeit
- Arbeitslosigkeit von Jugendlichen
- überproportionale Abhängigkeit von der Binnenkonjunktur
- Rückgang des Einkommens- und Gewerbesteueraufkommens

Leitziele der Landesregierung

- **die** Region der wirtschaftlichen und technologischen Innovationen
 - mit Entstehung von neuen Unternehmen und Arbeitsplätzen
 - Bei Konzernen, Mittelständlern und Existenzgründern

- **die** urbane Region mit hoher Lebensqualität
 - mit vielfältigen, attraktiven Städten
 - großem Angebot an Kultur und Freizeit
 - und offen für neue Ideen und Impulse

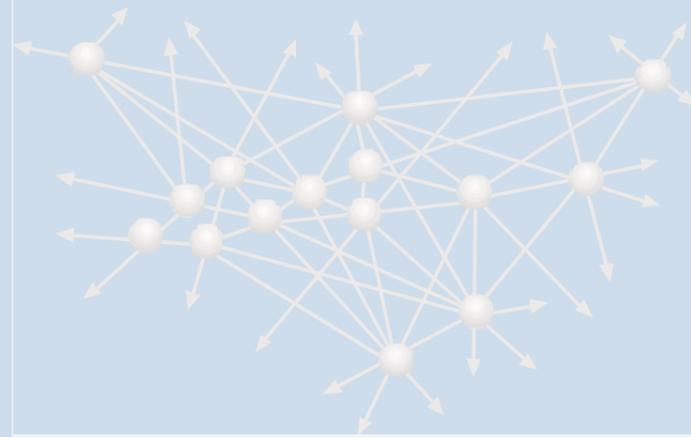
Agenda

1. Das neue Ruhrgebiet - Leitziele

2. Die Projekt Ruhr GmbH

3. Projekt-Beispiele

Die Projekt Ruhr GmbH



Aufgabenstellung der Projekt Ruhr GmbH

„**Projekttreiber** für regional nachwirkende **Projekte**,
die **entwickelt, qualifiziert** und bis zur Umsetzung **begleitet**
werden.“

Aufgabenstellung der Projekt Ruhr GmbH

Projekttreiber in Form von ...

- Impulsen
- Moderation
- Management
- Kommunikation
- Verstärkung
- Vernetzung

Aufgabenstellung der Projekt Ruhr GmbH

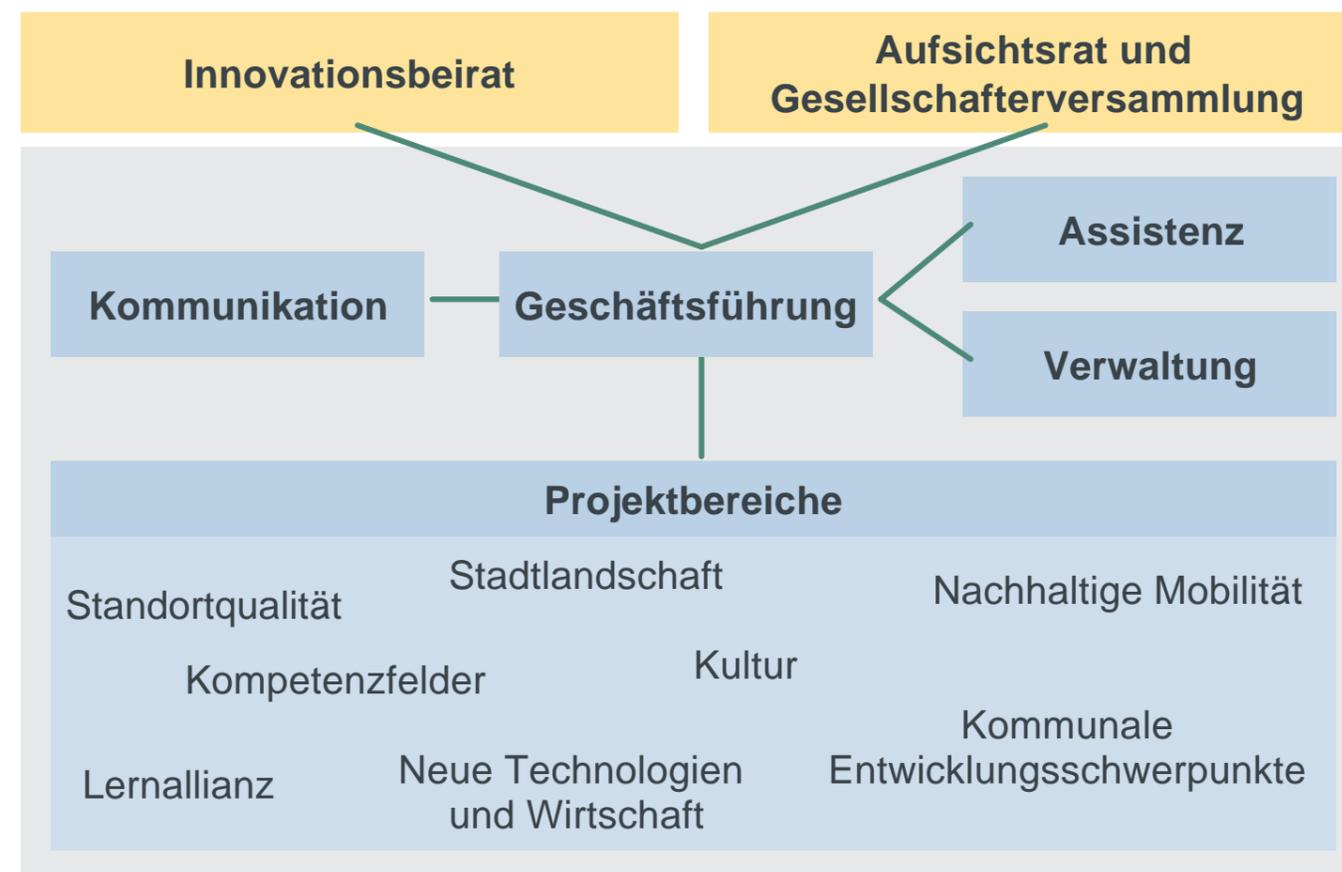
Projekte qualifizieren sich durch

- Querschnittscharakter
- Regionale Bedeutsamkeit
- Wirtschaftlichkeit
- Innovativen Charakter
- Arbeitsmarktwirksamkeit
- Metropolcharakter
- Nachhaltigkeit

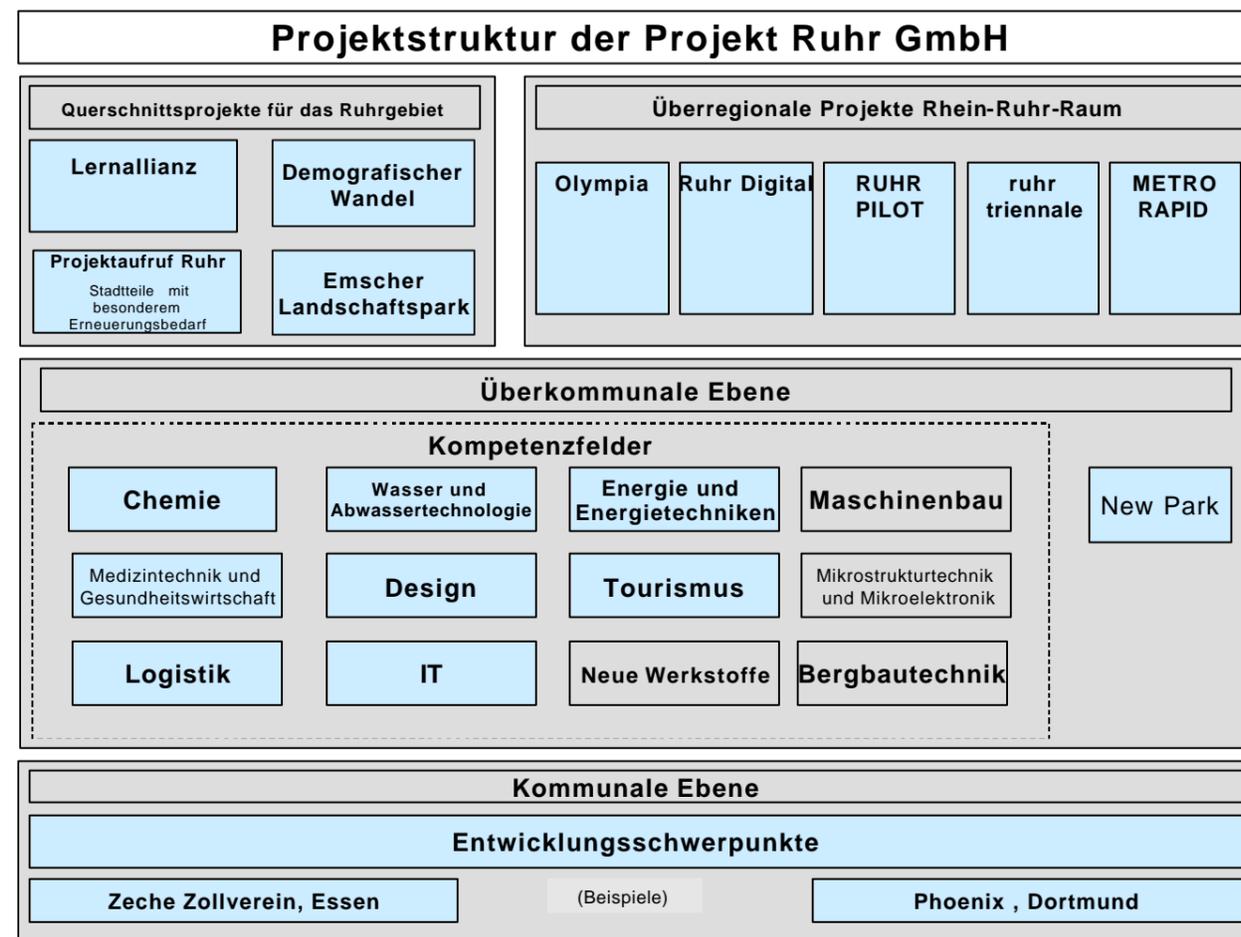
Partner der Projekt Ruhr GmbH

- Landesregierung
- Kommunen
- Wirtschaft
- Vereine, Verbände, Institutionen
- Wissenschaft und Forschung
- die Bevölkerung des Ruhrgebietes

Projekt Ruhr GmbH – Struktur



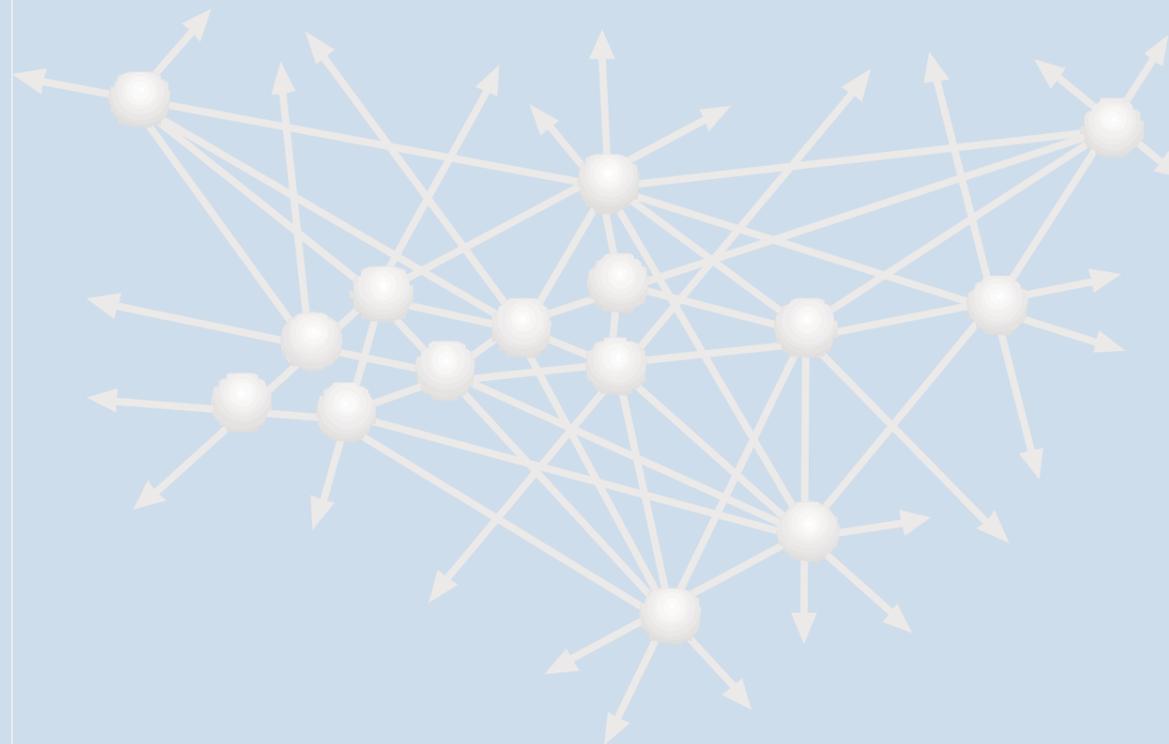
Projektstruktur der Projekt Ruhr GmbH



PROJEKT RUHR:
7. Mai 2001 - Chart 14

PROJEKT R U H R

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



Diskussion zum Schwerpunktthema: Projekt Ruhr GmbH

Sitzung des Regionalrates am 06.12.2001 in Herne

Herr Droege, CDU, Vorsitzender

Ich erlaube mir einige Gesichtspunkte anzusprechen, die mir besonders ins Auge gesprungen sind. Ich habe aufgrund Ihrer Darstellung den Eindruck, dass ein gewisser negativer Gleichklang besteht zwischen Strukturproblemen und Generationsproblemen. Das bringt mich zu der Frage, inwiefern ist eine problematische Finanzausstattung bei dem Bemühen, Initiativen und Aktivitäten gegen die Probleme zu setzen, um den Faktor Psychologie zu ergänzen und das Bemühen um Effizienz einerseits mit dem Bestreben nach Nachhaltigkeit in einem anderen Wortverständnis andererseits mit in diese Überlegungen einzubringen. Nachhaltigkeit wird ja meistens diskutiert als Ergänzungsbegriff zum Thema Ökologie.

Darüber hinaus stelle ich einfach einmal in den Raum, inwieweit es berechtigt ist, dieses Projekt Ruhr quasi als konzertierte Aktion für diesen Raum zu begreifen, dem es erstaunlicherweise offensichtlich gelingt, was in vielen anderen kommunalen Handlungsfeldern durch starke Konkurrenzgefühle häufig konterkariert wird, nämlich ein „Wir-Gefühl“ mit der Grundlage der gegenseitigen Information unter dem Eindruck einer unbedingten gemeinsamen Handlungsentschlossenheit zu setzen und damit für diese Kernregion in Nordrhein-Westfalen eine gewisse Zukunftssicherung zu betreiben. Andererseits sind mir einige Punkte und Themen eingefallen, von denen wir in anderen Teilen dieses Landes, in anderen Teilen dieses Regierungsbezirks uns auch einbilden, Handlungsfelder und Kompetenzfelder besetzt zu halten. Wenn wir heute beispielsweise am Hellweg oder sonst wo säßen, dann würden Vertreter der entsprechenden Region ähnlich dringende Handlungsnotwendigkeiten anmahnen und auch die Fragen nach problematischer Finanzausstattung stellen. Insofern wird anhand dieses Themas in diesem Raum deutlich in welcher Spannbreite wir uns im Land Nordrhein-Westfalen und symptomatisch dafür in diesem Regierungsbezirk bewegen.

Herr Fleskes, SPD

Herr Vorsitzender, Herr Regierungspräsident, meine Damen und Herren, ich denke wir alle bei dem Vortrag von Herrn Brauser gespürt, wie ihn dieses Thema selber erfüllt und wie engagiert er an dem arbeitet, was er uns aus der Sicht der Projekt Ruhr GmbH vermittelt hat. Das war sehr überzeugend. Die Fragen, die sich anschließen, liegen für mich auch mehr in den Details und nicht in der müßigen Diskussion um die Frage von Konkurrenzen zwischen den Akteuren im politischen Raum. Ich halte zwar diese Diskussion für nicht ausgestanden, das will ich deutlich sagen. Es liegt mir aber fern, das an die von der Presse sehr stark forcierte Diskussion um die Ruhrstadt anzuhängen. Das halte ich für den falschen Weg. Es geht hier um pragmatische Lösungen für den Raum. Daher bin ich Ihrer Auffassung, Herr Vorsitzender, dass, wenn wir uns heute auch schwerpunktmäßig um dieses Thema kümmern, dies ja nicht ein Solitär für unsere Bemühungen ist, sondern, dass wir die anderen Teilregionen natürlich auch im Auge behalten.

Gleichwohl sind wir uns auch jenseits aller politischen Lager, aus denen wir kommen, einig, dass es hier gelungen ist, die politischen Akteure und die Repräsentanten der Städte im Ruhrgebiet zusammen zu bringen unter der gemeinsamen Überschrift „wir müssen an dieser Stelle Gemeinsamkeit praktizieren und nicht nur postulieren“. Das ist auch in der Konstruktion dieser GmbH deutlich geworden. Es zeigt, dass es hier vielleicht zum ersten Mal einen gemeinsamen pragmatischen Ausdruck für das „Wir-Gefühl“ gibt, das ja ansonsten eher deklamatorischer Art ist. Ich glaube nicht, dass es hier und heute jemanden gibt, der feststellt, dass die von Herrn Brauser im Detail dargestellten Bemühungen nicht notwendig sind. Im Gegenteil, die Erfahrung zeigt, dass, wenn es keine übergreifende Möglichkeit gibt zu stimulieren und voranzutreiben, die Dinge hier im Ruhrgebiet aufgrund der vorhanden Strukturen eher lahmen. Die Bemühungen, die auch im lokalen Bereich, in den Teilregionen und auch in den regionalen Entwicklungskonzepten angestoßen worden sind, reichen nicht aus, um zukunftssichernd für diesen Ballungsraum zu sein. Insofern ist es wichtig, dass wir die politischen Bemühungen der Landesregierung, hier ein zusätzliches Instrument zu schaffen, begrüßen sollten; denn mit dieser Projekt Ruhr GmbH ist ein zusätzliches Instrument und kein Ersatzinstrument geschaffen worden. Auch aus der Sicht des Regionalrates des Regierungsbezirks Arnsberg, der nur für einen Teil des Ruhrgebietes zuständig ist, sollten wir erkennen, dass wir hier Mitverantwortung für das Ganze tragen. Ich denke, wir sollten das, was Herr Brauser hier vorgestellt hat und

was uns aus der angelegten Projektstruktur bekannt ist, unterstützen. Für das Ruhrgebiet bedeutet das, was hier angestoßen werden kann, Hilfe zur Selbsthilfe, zur Rekonstruktion und Reorganisation auch der Potentiale, die im Ruhrgebiet zweifellos stecken.

Ich möchte kurz noch auf die angesprochenen Leitziele zu sprechen kommen. Wichtig ist, und das ist auch die Überzeugung unserer Fraktion, dass die wirtschaftliche und technologische Innovation allein es nicht ist. Denn das, was gerade auch zum Thema Abwanderung dokumentiert worden ist, zeigt, der Raum Ruhrgebiet bedarf auch anderer zusätzlicher Impulse, um ihn als Lebensraum attraktiv zu machen. Insofern bedarf es neben der wirtschaftlichen Beförderung dieses Raumes auch der Entwicklung einer lebenswerten Stadtlandschaft. Das schließt im Übrigen nicht nur Kultur- und Freizeitwerte ein, sondern auch die ökologische Struktur - auch aber nicht allein.

Bei dem Begriff „Nachhaltigkeit“ drängt sich für mich nicht nur ökologisch die Notwendigkeit auf sondern auch in Bezug auf die Aktionen, die auf wirtschaftliche Veränderung gerichtet sind, auch die sind meiner Meinung nach zu recht unter dem Kriterium der Nachhaltigkeit zu sehen. Die Kriterien, die von der Projekt Ruhr GmbH entwickelt worden sind, enthalten unter anderem dieses Kriterium Nachhaltigkeit. Wenn man die Kriterien nachliest, könnte man zu dem Schluss kommen, wenn das alles fordert, hätte man wie es so schön heißt, die „eierlegende Wollmilchsau.“ Deshalb sollten die angestoßenen Projekte auch unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, welche Kriterien hier zusammengebunden werden müssen, denn alles wird sich in dem Kriterienbündel nicht finden lassen. Wichtig erscheint mir die jetzt angedachte Verknüpfung mit den Kompetenzfeldern. Wichtig deswegen, weil wir erkennen – auch wenn wir an späterer Stelle noch über den Wachstumspakt Ruhr und die Ziel-2-Projektion sprechen -, dass die Anstrengungen auch tatsächlich zusammengeführt werden müssen. Außerdem müssen wir erkennen, dass in den Kompetenzfeldern selbst auch die konkreten Projekte liegen, die hier helfen können, die Strukturen in der Region zu verbessern. Diese Verknüpfung sollten wir begrüßen.

Ein Bedenken haben wir vor dieser Sitzung diskutiert. Wenn ich die Vorlage lese, wird das Selbstverständnis der Projekt Ruhr GmbH in Vokabeln deutlich wie: stiftet, stimuliert, bündelt, koordiniert, initiiert, beschleunigt, alles in allem konzentriert auf

den Begriff „Treiber“. Das ist auch wichtig, weil die GmbH sich gleichzeitig davon absetzt zu sagen, wir sind Filter. Das ist schon deshalb wichtig, weil die zuweilen in der Öffentlichkeit bestehende Meinung, durch die Projekt Ruhr GmbH habe sich die Landesregierung eines neuen Instrumentes bedient, um andere Instrumente, auch die regionale und kommunale Selbstverantwortung, auszuhebeln, reduziert und zurückgezogen wird. Diese Klärung ist auch für das Selbstverständnis in den Kommunen wichtig und für die Zustimmung zu dem, was Sie hier unternehmen.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass das, was Herr Brauser hier an Innovationen vorgetragen hat, für die allermeisten akzeptabel ist. Aber im Detail sind sicherlich noch Fragen, wo sich in dieser Struktur denn die Teilregionen wiederfinden, auch wo sich die regionalen Entwicklungspotentiale aus der Vergangenheit verlängern lassen. Der Erwartungsdruck, der aus den Kommunen kommt, ist sehr groß. Ich sag das auch aus der Sicht eines kommunal Betroffenen, nämlich aus Bochum. Herr Brauser, Sie wissen, der Erwartungsdruck geht hier auf die gemeinsam angestoßene Überlegung, die Exponate aus Hannover „Planet of Vision - 21. Jahrhundert“ nach Bochum zu bekommen. Das mag hier nicht das zentrale Thema sein, trotzdem riskiere ich, dieses hier anzusprechen. Denn, wenn sie schon mal hier sind, könnte es ja sein, dass Sie mehr sagen, als das, was bisher in der Zeitung steht. Auch hier ist der Erwartungsdruck groß und ich glaube, für die Frage, wie wir alle die Projekt Ruhr GmbH in den Gemeinden begleiten, ist es wichtig, dass man den Erfolg erkennen kann. Ich bitte Sie, hierzu etwas zu sagen. Ansonsten begrüßen wir als SPD-Fraktion im Regionalrat das, was Sie hier tun, voll und ganz.

Herr Dücker, FDP

Herr Vorsitzender, Herr Regierungspräsident, meine Damen und Herren, dank der guten Ausführungen von Herrn Fleskes, kann ich es relativ kurz machen. Herr Brauser, vielen Dank für Ihren ausführlichen Beitrag, der bei uns einen gewissen positiven Druck erzeugen. Sie hatten bei den Projekten gesagt, das Innovation und Arbeitsplätze wichtig sind. Ich meine, dass man noch einen dritten Punkt mit hineinsetzen muss, gerade für unseren Regionalrat, nämlich die Vernetzung mit der übergreifenden Region. Ich denke, dass man diesen Aspekt bei der Betrachtung von zukünftigen Projekten unbedingt hinzuziehen sollte, um nicht wieder eine Gegenpolarisierung Ruhrgebiet – Metropolstädte und Randgebiete zu erzeugen. Ich denke, nur wenn wir gemeinsam dieses Projekt angehen, kann es auch zum Erfolg kommen. Um recht

frühzeitig mit eingebunden zu werden, sollten Sie versuchen, bestimmte, von Ihnen favorisierte Projekte in den Regionalrat einzubringen, damit wir hierüber beraten und eine sozusagen verbindende Klammer setzen können zwischen Regionalrat und Projekt Ruhr GmbH. Ich denke, dass die Akzeptanz zukünftiger Projekte dann noch besser ist.

Herr Werner, Bündnis 90/Die Grünen

Meine Damen und Herren, Herr Vorsitzender, Herr Regierungspräsident, Herr Brauser. Ich habe zwei Sachen. An vielen Dingen ist sicherlich nichts zu kritisieren, aber ich frag mich, wenn ich die Projekte Ruhr digital, Ruhrpilot und Metrorapid sehe, wie so dieses jetzt unbedingt eine Aufgabe der Projekt Ruhr GmbH sein muss bzw. ist. Ich denke, wenn es einen Investor gibt und sich die Sache rechnet, dann läuft es ja eigentlich von selber. Da kann ich die berühmte Konkurrenz der Städte nicht erkennen. Herr Brauser, Sie wissen ja, dass die Grünen beim Metrorapid sehr kritisch sind. Wenn man durch die Lande fährt, sieht man überall große tolle Werbeplakate und es würde mich im Hinblick auf die leeren Kassen interessieren, was diese PR-Maßnahme denn round about gekostet hat bzw. noch kosten wird. Danke

Regierungspräsident Kuschke

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich möchte drei Anmerkungen machen.

Die erste Anmerkung in Richtung von Herrn Fleskes: Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, dass ich mir eine Konstruktion wie die Agentur Ruhr gut hätte vorstellen können. Das war ja in der Tendenz ein Versuch, Instrumente mit institutionellen Rahmenbedingungen zusammen zu führen. Das hat nicht funktioniert, das ist Schnee von gestern. Ich finde es gut, dass wir das nicht haben liegen lassen, sondern überlegt haben, wie wir das unter den politischen und finanziellen Rahmenbedingungen und sonstigen Dingen, die wir haben, nach vorne bringen.

Der zweite Punkt ist – und da greife ich die Ausführungen von Herrn Werner auf – dass es im Ruhrgebiet so ist, dass entweder alle Alles machen wollen oder es macht keiner Nichts.

Dazwischen heißt es sich zu positionieren und sich auf den Weg zu machen und das ist beispielsweise bei Ruhr digital der Fall. Wir haben eine starke Tendenz gehabt - Herr Brauser, ich nehme Ihnen nichts vorweg, wenn ich das sage – wo die Kommunen gesagt haben, das könnten wir doch eigentlich selbst für uns machen, also jeder macht sein eigenes Portal, Dortmund, Bochum usw. Dann kam die Erkenntnis, dass man da kommunal kooperieren muss, aber selbst das hätte noch nichts genutzt. Jetzt kommen wir in die Situation, die Herr Brauser sicherlich gleich noch einmal darstellen wird, dass sich Investoren und weitere Beteiligte dort versammelt haben.

Der dritte Punkt: Ich habe vor 14 Tagen eine Urkunde an ein Mitglied des Graduierten-Kollegs überreicht, wo die Stiftung "Bibliothek des Ruhrgebietes" mit Sitz in Bochum jedes Jahr einen Graduierten fördert, der sich mit Themen des Ruhrgebietes beschäftigt. Dieser junge Mann hatte ein Exposé geschrieben, wo es um Kompetenzfelder und Vernetzungen im Ruhrgebiet ging. Bei der Verleihung der Urkunde habe ich gesagt, was ich so beeindruckend fand an diesem Exposé ist: 1. Im Exposé tauchte kein einziges Mal des Wort KVR auf, 2. es tauchte kein einziges Mal des Wort Ruhrstadt auf und 3. es wurde nicht angesprochen, wie viele Regierungspräsidenten und Regierungsbezirke es im Ruhrgebiet geben soll. Dieses zusammen fand ich bemerkenswert, dass man Sachprobleme im Ruhrgebiet lösen kann, ohne diese Dauerdiskussionen weiter zu führen. Die kann man ja irgendwann führen und auch lösen, aber es darf nicht untergehen, dass das gemacht wird, was Herr Fleskes richtigerweise mit dem Begriff „Treiber“ beschrieben hat, dass nämlich die Dinge nach vorne gehen. Es gibt eine Vielzahl von Beispielen, wenn man sich allein den Bereich Logistik ansieht. Wir sind - was die Logistik-Initiative „Östliches Ruhrgebiet“ anbelangt – auf einem hervorragenden Weg, wir bringen eine neue Fachschule für Logistik auf den Weg, wir haben ein Center of Excellence, wir versuchen die Flächenproblematik mit unserem Gebietsentwicklungsplan parallel auf den Weg zu bringen. Man sieht, es sind nicht nur Dinge, die sich theoretisch abzeichnen, sondern die in einer sehr, sehr guten Entwicklung sind.

Herr Brauser, Geschäftsführer der Projekt Ruhr GmbH

Wenn man von Journalisten gefragt wird, kommt das Bild von den aufeinander zufahrenden Züge zum Tragen, der eine ist der KVR und dem hat der Regierungschef die Projekt Ruhr entgegen gesetzt. Die zentrale Aufgabe der beiden ist es, irgendwann zusammenzurasseln. Ich glaube, dass dies ein Wunschbild ist von Leuten, die nicht

an Inhalten und Ergebnissen interessiert sind. Ich hoffe, es ist deutlich geworden, dass wir eine ganze Reihe von Problemen haben, über die wir lange reden, wo sich aber in der Wahrnehmung des Bürgers nichts tut. Eine Schlüsselfrage ist, kann eine Einheit allein so etwas regeln oder nicht. Ich glaube, dass wir sehr komplexe Probleme zu bewältigen haben, die eine Kommune allein, ein Verband alleine, ein Ressort alleine nicht mehr bewältigen kann.

Alles was Sie hier sehen, Kompetenzfelder, Querschnittsprojekte und auch die überregionalen Projekte können nicht von einer Kommune, unabhängig von ihrer Größe, bewältigt werden. Das schreit nach Kooperation. Jetzt komm ich noch mal zum „digitalen Ruhrgebiet“. Es ist überhaupt kein Problem, dass jede Stadt eine halbe oder eine Millionen DM in die Hand nimmt, ein eigenes Portal macht für die Informationen, die sie anzubieten hat, und auch eine eigene Software entwickelt für Verwaltungsvorgänge etc. Darum geht es aber nicht beim „digitalen Ruhrgebiet“. Es geht darum, dass man, wenn man in der Tat, den Bürger einladen möchte aktiv zu werden – das zeigen die Versuche in Hagen, Erlangen und Bremen – Sicherheitsstandards setzen muss. Ansonsten wird sich der Privatmann dessen nicht annehmen.

Einen Firewall mit dem Sicherheitsstandards zur Nutzung der digitalen Signatur kann sich keine Stadt leisten. Das bedeutet in der Konsequenz, entweder machen wir das gemeinsam oder gar nicht, so schlicht ist das eigentlich. Auf diesem Hintergrund ist es unsere Funktion, den Tisch zu bieten, wo sich alle dransetzen, und dafür auch die Privaten einzuwerben. Im Moment sieht es so aus, dass es geht. Es ist erfreulich, dass die Oberbürgermeister von Münster und Düsseldorf schriftlich – nach einer 3/4 Jahr Beobachtungszeit – gesagt haben, dass sie mitmachen wollen. Folgendes haben sie erkannt: Wenn wir es schaffen, im Ruhrgebiet für 6,5 Millionen Nutzer Standards zu setzen, haben wir auf der einen Seite eine ungeheure Plattform, auf der anderen Seite kann dann nicht mehr jeder machen, was er will. Das sind die beiden Seiten der Medaille und ich finde, es ist längst an der Zeit, dass man darüber offen diskutieren muss.

Das löst nicht das Problem, das andere Regionen heftig sagen, dass sie auch Probleme haben. Diese Diskussion bekomme ich auch im Landtag mit. Ich will jetzt nicht euphorisch werden, aber die Anlage der Kompetenzfelder, die für das Ruhrgebiet definiert wurden, sind alle landesweit angedacht. Sie können z.B. nicht Maschinen-

bau als Kompetenzfeld nennen ohne Aachen, sie können nicht bestimmte Ingenieurwissenschaften und auch nicht bestimmte Medizin-Wissenschaften ohne Bonn machen und ohne Köln bestimmte Fragenstellungen überhaupt nicht. Sie können nicht Chemie machen ohne Bayer und ohne den Raum Köln-Leverkusen – das ist völlig klar. Die Frage ist nur, in welcher Intensität lassen sich die handelnden Personen auf eine gemeinsame Diskussion ein. Die Konkurrenz der Unternehmen kann und soll man nicht aufheben, aber es ist schon die Frage zu stellen, ob es nicht Felder gibt, in denen wir uns viel besser vermarkten könnten. Ich nenne als Beispiel die Wassertechnologie. Wie Sie wissen sind wir da führend und erreichen technologisch Weltniveau in Wassergewinnungs- und Wasseraufbereitungstechniken. Wir spielen aber in den Märkten außerhalb Deutschlands keine Rolle, obwohl wir Spitzentechnologie haben, die wir auf Lizenzebene vergeben. Hier ist – so sagen Fachleute – ein Potential von 70.000 Arbeitsplätzen. Das ist ein Beispiel, wo wir hinmüssen. Es kann keiner sagen, wie weit man kommt. Das ist wirklich ein offenes Spiel, wo man nur sagen kann, wir müssen die bestmögliche Konstellation erreichen. Ob wir dann auch das Endziel schaffen, hängt von vielen Konstellationen ab.

Auch wenn ich die Gremien ins Feld führe – Aufsichtsrat identisch mit dem Landeskaбинett, Beirat identisch mit den Oberbürgermeistern – wissen Sie alle, dass das die eine Seite ist, Was praktisch passiert in den Behörden und Verwaltungen ist die andere Seite. Alle wissen auch, dass es genau Spaß macht, die Sachen nicht so zu machen wie die Oberen es wollen. Vor diesem Hintergrund muss man um Erkenntnisprozesse werben, man muss versuchen, diesen steinigen Weg zu gehen und zu sagen, lasst uns zusammen kooperieren, dann profitieren wir alle davon. Auch wenn wir vom Land zu 100 % finanziert sind und die Rechtsform einer GmbH haben, weil wir die Option haben, dass sich auch Private an uns beteiligen können, was wir im nächsten Jahr anzusteuern versuchen, können wir kein Projekt realisieren ohne die Kooperation der Leute vor Ort in den Kommunen und der Kooperationspartner in den Ministerien und Verbänden. Das macht unseren Job schön und schwer, und wir sind immer auf einer inhaltlichen Bettel-Tour.

Der Begriff der Nachhaltigkeit ist – wenn man so will – finanzwirtschaftlich von genauso entscheidender Bedeutung wie unter ökologischen Gesichtspunkten für die Lebensbedingungen für die nächsten Generationen. Als Kriterium ist das auch ein Totschlagsargument, denn wenn man es ernst meint mit Nachhaltigkeit, muss man

die Hälfte der angedachten Projekte wegwerfen. Hier beißt es sich aber, wenn man sich in Sprechblasen bewegt oder es wirklich mal abprüft – was bleibt an Arbeitsplätzen, was bleibt an Infrastruktur, was bleibt an Erhaltung von Ressourcen und lebenswerter Umwelt.

Sehr konkret ist das zu sehen bei der Frage, was die Kommunen und das Land bereit sind für die weitere Entwicklung „Emscherpark“ zu investieren. Ohne Mortier hätten wir nicht die Grundlage für den Ausbau der Jahrhunderthalle in Bochum, nicht die Sanierung von „Zollern“ in Dortmund, nicht Hamm als Spielort der Triennale, nicht den Ausbau der Gebläsehalle. In diesem Kontext bekommen natürlich auch Projekte wie „Ruhr triennale“ einen Stand von Qualität und Nachhaltigkeit. Das IBA-Erbe liegt uns positiv sehr am Herzen, aber es muss auch bewältigt werden. Wir können es uns nicht leisten Ruinen stehen zu lassen. Deshalb ist das auch ein Auftrag an uns in Abstimmung mit allen Kommunen, die Pflege-Problematik zu bewältigen. Wir sind gebeten, mit der Region, und davon sind Sie ein wesentlicher Teil, eine Vereinbarung zu treffen, wie nach 2004 eine Finanzierung regionaler Art für die IBA-Infrastruktur aussehen soll. Dies werden wir in enger Abstimmung mit dem KVR machen, weil er hier viel investiert und viel Kompetenz hat. Unsere Aufgabe ist es, dies zusammenzuführen. D. h. heißt aber auch, dass dann nicht mehr eine Kommune sagen kann, das ist meins, sondern dann muss es in der Verwaltung, im Management in einen größeren Rahmen gebracht werden. Es gibt nicht mehr: Wasch mir den Pelz und mach mich nicht nass!

Wir haben neben diesen Sachen eine Menge konkreter Projekte. Wir engagieren uns bei Entwicklungsprojekten hinter den Kulissen. Ob das die Diskussion Xscape oder Planet of Vision oder Ansiedlung in Herten oder sonst irgendwo ist. Es ist unser Job, Türen zu öffnen, Investoren zu pflegen und Hilfestellung zu geben. Beim Planet of Vision, das war ja eine konkrete Frage, habe ich Phasen gehabt, in denen ich bereit habe, die Kelle gehoben zu haben. Denn es war leider so, dass auch die kommunalpolitische Diskussion darauf angelegt war, sich gegenseitig in die Hacken zu treten, aber nicht ein vernünftiges Projekt auf den Weg zu bringen. Wir haben von Anfang an gesagt, man kann dieses nur andeuten, wenn man einen Investor findet, der bereit ist und Spaß daran hat, hier zu investieren. Wir stehen kurz vor einem positiven Ende. Seit Monaten spekulieren die Vertreter der Presse, wer der Investor ist, wer wird Partner. Ich will sagen, wir haben eine Nachrichtensperre verhängt, und die

werden wir auch bis zu dem Zeitpunkt aufrecht erhalten, zu dem ein Kreis den Investor in Bochum vorstellt. Das wird meiner Meinung nach noch in diesem Jahr sein, vielleicht aber auch Anfang des nächsten Jahres, das hängt vom Ministerpräsidenten ab. Bis dahin kriegen auch Sie keine weitere Informationen über den Stand. Ich bitte um Nachsicht, aber wir reden zu viele Sachen kaputt.

Beim Metrorapid spielen wir eine ganz kleine Rolle, nämlich die Rolle, dass wir einen Teil der Öffentlichkeitsarbeit gemacht haben. Konkret geworden ist das durch unser Info-Büro in Essen, im Übrigen werden wir schon bald den 100.000sten Besucher in diesem Info-Büro begrüßen. Wir haben ein paar Informationsmaterialien konzipiert, und wir haben Kommunalpolitiker in Lathen begleitet. Das war's. Die angesprochene Werbegeschichte mit den Plakaten ist vom Ministerium gemacht worden. Auch die Sache mit den Newslettern ist Ministeriumssache. Das war auch unser Wunsch, weil der Metrorapid ein überregionales Projekt mit einer offensiven Innovation für den ÖPNV ist. Sonst lebt der ganze Metrorapid nicht, denn ohne eine Zubringerfunktion des ÖPNV kann man den Metrorapid von der ökonomischen Verwertbarkeit her nicht realisieren. Im Klartext will ich sagen: Wie viel die Aktion gekostet hast, ist mir nicht bekannt. Selbst wenn ich es wüsste, darf ich es in dieser Runde nicht sagen, weil ich nicht der Vertreter des Ministeriums bin. Auch hier bitte ich um Nachsicht.

Regierungspräsident Kuschke

Ich möchte noch einige Ergänzungen machen. Die erste geht in den Bereich „Kompetenzfelder“ Die fünf Regierungspräsidenten habe vor einigen Tagen eine Besprechung mit Herrn Staatssekretär Bickenbach gehabt. Wir sind im Nachgang zu diesem Gespräch aufgefordert worden, bis Ende des nächsten Jahres unsererseits Vorschläge für Kompetenzfelder in den Regierungsbezirken außerhalb des Ruhrgebietes zu entwickeln. Das wird etwas sein, was wir natürlich auch mit Ihnen erörtern werden. Aber ich sage jetzt schon einmal in Richtung der Herren Landrat Riebinger und der Kreisdirektoren Stork und Melcher, die ich hier sehe. Eines der bereits vorgeschlagenen Kompetenzfelder, was noch weiter ausgefeilt werden muss, wird natürlich die Holz- und Forstwirtschaft sein. Hier werden wir den Anspruch haben, was teilweise noch etwas kritisch im Wirtschaftsministerium gesehen wird, dass wir uns für eine Kompetenzregion halten, die durchaus in der Lage ist mit entsprechenden skandinavischen Regionen mithalten. Das ist aber auch ein enormer Anspruch, dem wir gerecht werden müssen. Ich denke, das wird gelingen.

Stichwort Metrorapid: als Beispiel dafür, dass Vieles, was in der Rhein-Ruhr-Region entwickelt wird, übergreift auf andere Regionen. Herr Vorsitzender Droege und ich waren gestern bei der Besprechung der Vorsitzenden der Regionalräte und der Regierungspräsidenten mit dem Chef der Staatskanzlei. Wir werden möglicherweise über Metrorapid, vorausgesetzt die Beschlussfassungen kommen so und die Gutachten geben dies her, zu einer Situation kommen, dass ICE-Strecken entlastet werden. Wir werden möglicherweise in der Lage sein, einen Ausbau der Köln-Mindener Eisenbahn vornehmen zu können, woran wir bisher gar nicht gedacht haben. Von der Streckenführung her wird das etwas sein, was sich auch außerhalb des Ruhrgebietes in anderen Teilregionen auch unseres Regierungsbezirks bewegen wird.

Ich wollte diese zwei Beispiele anführen, wie wir aus dem, was die Projekt Ruhr GmbH methodisch instrumentell in manchen Bereichen federführend macht, lernen können und wo sich auch Chancen ergeben auch außerhalb des Ruhrgebietes in anderen Teilregionen unseres Regierungsbezirkes und anderer Regierungsbezirke.

Herr Brauser, Geschäftsführer der Projekt Ruhr GmbH

Die von Herrn Dücker angesprochene Sache möchte ich noch beantworten. Den Hinweis einer besseren Informationspolitik nehme ich sehr ernst, wir haben hier eine Bringschuld, dass wir informieren über das, was wir tun. Ich werde mich darum bemühen, dass Sie auf dem Laufenden gehalten werden. Das bedeutet natürlich auch, dass, wenn Sie es wissen, Sie nicht mehr sagen können, dass Sie es nicht wussten. Meine Bitte ist, dass Sie sagen, wir finden es gut oder wir finden es nicht gut.

Herr Horneck, CDU

Auch die CDU-Fraktion ist Ihnen für die Ausführungen, die Sie hier gemacht haben sehr dankbar. Auf der anderen Seite sage ich Ihnen ja nichts Neues, dass gerade die CDU die Gründung der Projekt Ruhr GmbH recht kritisch begleitet hat. Wir werden auch weiterhin das Zusammenspiel zwischen Projekt Ruhr GmbH und KVR in Auge behalten, ob sich die beiden Züge nebeneinander herbewegen und sich gegenseitig befruchten oder aufeinander zu fahren. Den Ausführungen von Herrn Fleskes ist wenig hinzuzufügen, dem kann ich so zustimmen.

Ich möchte aber ganz besonders noch einmal darauf hinweisen auf die Ausführungen von Herrn Dücker. Es ist ja so, dass sich der Regionalrat des Regierungsbezirks Arnsberg in weiten Bereichen außerhalb des Tätigkeitsgebietes der Projekt Ruhr GmbH bewegt. Zwei ihrer Kompetenzfelder – Logistik und Tourismus – sind innerhalb des Regierungsbezirks Arnsberg teilweise Schwerpunkte, liegen aber außerhalb des Gebietes der Projekt Ruhr GmbH. Ich würde mir wünschen, dass hier eine bessere Vernetzung stattfindet. Herr Dücker hat gerade mehr Information eingefordert. Diese Frage haben Sie ja so eben beantwortet. Dafür wären wir Ihnen schon sehr dankbar. Nehmen wird das Beispiel Tourismus. Wenn die Projekt Ruhr GmbH für das Gebiet, für das sie sich verantwortlich fühlt, bestimmte Dinge tut, wir aber als Regionalrat Arnsberg den Tourismus gerade in den Schwerpunktbereichen des Sauer- und Siegerlandes und Märkischen Kreises, der ja dort ein erheblicher Wirtschaftsfaktor ist, begleiten, muss es unsere Aufgabe sein, beide Gebiete miteinander zu verzahnen und nicht das eine zu fördern und das andere zu vernachlässigen. Deswegen auch hier meine Bitte, frühzeitig von Ihnen über Dinge informiert zu werden und ggfls. auch unsere Überlegungen, die die Projekte in den anderen Gebieten betreffen, in Ihre Überlegungen mit einzubeziehen.

Herr Donschen, FDP

Her Vorsitzender, Herr Brauser, ich habe ein ganz bescheidene Frage. Sie sagten vorhin, man muss den Leuten ..., man muss !.. Wer ist „man“ und wie wollen Sie herausfinden und aus den Köpfen herausbekommen. Die Köpfe hören, was Sie alles gewinnen, denken aber, was sie verlieren – und das ist nun einmal in der Struktur so. Wo können Sie und wie werden Sie ansetzen, was werden Sie tun?

Herr Horneck, CDU

Die Frage vom Kollegen Fleskes zum „Planet of Vision“ haben Sie beantwortet, dass sich vielleicht noch in diesem Jahr noch eine Antwort ergibt. Herr Kollege Fleskes, wir haben am 20. Dezember in Bochum Ratssitzung und es wäre vielleicht nicht schlecht, wenn wir bis dahin schon etwas erfahren könnten.

Herr Brauser, Geschäftsführer der Projekt Ruhr GmbH

Die Sache mit dem Tourismus ist angekommen. Wir müssen die Kompetenzfelder auf die Strahleffekte abprüfen, weil es in der Tat keinen Sinn macht, allein unter

Vermarktungsgesichtspunkten zwei Sachen doppelt zu machen. Hier kann man helfen und auch unterstützen. Wir haben zwei/drei größere Projekte mit dem Emscher-Lippe-Raum und im Osten des Ruhrgebietes, was dann in Ihren Bereich ausstrahlt. Wir würden eine Informations- und Beteiligungsverabredung treffen.

Zu der Frage von Herrn Donschen möchte ich folgendes bemerken. Es gibt quer zu den Parteien zu allen Positionen Befürworter und Gegner, in allen Parteien finden Sie Leute, die auch mental von einer ganz hohen Warte, nach dem Motto: Wir sind diejenigen, die den Zug für die Republik ziehen, abgestürzt sind, und das ist ja ein Problem des Ruhrgebietes. Diese mentale Befindlichkeit transportieren Eltern auch auf ihre Kinder, wir erleben es gerade bei Umfragen in den benachteiligten Stadtteilen, wie weit der Frust dort geht. Wir haben Zahlen, wonach 60 % der Kinder in den Schulen eigentlich keine Perspektive für sich sehen. Wenn das jetzt schon so ist, wie soll denn das in 30/40 Jahren werden. Die müssen wir alle mitziehen. Wer an diesen Fragen interessiert ist, muss sich mit konkreten Lösungen befassen. und dann anderen auf die Füße steigen, die eigentlich nicht wollen, dass ihr Bereich und ihre kuschelige Ecke gestört wird.

Dies muss man an einigen, nein an allen Projekten konkret machen. Sie können es bei jedem dieser Themen exemplarisch machen, wo es Widerstände gibt, die man gemeinsam wegräumen muss. Ein großer Teil dieses Widerstandes sitzt in Apparaten – in Kommunen, in Verbänden und in Ministerien. Deren Perspektive ist nicht ausgerichtet auf Innovation, sondern auf Bestandssicherung. Wenn wir nun in dieser Analyse übereinstimmen, muss man es an konkreten Punkten angehen. Leider wird es so sein, dass, wenn Zeiten der Wahlen anstehen, man diese sachliche Diskussion ein Stück verlässt, weil man ja für seine Position werben muss.

Das ist aber nicht unser Job. Wir versuchen, entsprechend unserem Konzept quer zu Parteistrukturen diese Innovationen voranzutreiben. Ich kann nur alle, die sagen, es reicht, auffordern sich innovativ zu beteiligen. Das gilt auch für Leute, die in der KVR-Verbandsversammlung sitzen, wo ja auch sehr viel beharrende Elemente existieren. Letzter Punkt, ich möchte keine Hoffnungen machen im Bezug auf den Planet of Vision. Ich möchte nur noch mal exemplarisch sagen, dass wir nur die Projekte veröffentlichen müssen, die sicher sind. Wir möchten nicht in die beliebte Formulierung der Ankündigung von Kommunalpolitikern und Politikern anderer Ebenen kommen, aus

denen dann nichts wird. Das ist nicht unser Job. Wir werden gemessen an praktischen Ergebnissen, und deshalb sind wir eher etwas zurückhaltend als zu euphorisch, denn es sind sehr komplizierte Projekte. Oder anders gesagt: die Taschen der Privaten sind sehr zu. Man muss schon den Schlüssel finden, wenn sie ihre Tasche aufmachen und in ein Investment gehen sollen.

Herr Ostendorff, Bündnis 90/Die Grünen

Ich red jetzt mal als ein Politiker aus der Ballungsrandregion, am Ostrand Dortmunds gelegen, einer, der sehr aktiv den IBA-Prozess persönlich begleitet hat. Ich habe gesehen wie unterstützend viele Ruhrgebiets-Städte die IBA begleitet haben, z. B. Dortmund. Es sollten uns da doch mindestens 5 Projekte einfallen, aber es fallen uns keine großartig ein, bis auf Zollern, was meiner Meinung nach auch ohne IBA gekommen wäre. In Dortmund fällt uns zur IBA nichts ein. IBA war eine Veranstaltung, die im Wesentlichen zwischen Essen und Duisburg stattgefunden hat, plus ein paar versprengte Kleinigkeiten außen herum, so wie auch im Kreis Unna. Herr Brauser, hier werden Sie mir Recht geben.

Wenn man die Mittelverteilung sieht, kann man das so sagen. Wir haben, zumindest ich habe als Kommunalpolitiker des Randes, Probleme mit der Projekt Ruhr GmbH, weil ich nicht genau weiß, was unsere Aufgabe ist. Wir hören sehr wohl, dass sich die Ruhrgebiets-Städte jetzt einig werden wollen, das finden wir auch klasse. Aus Erfahrung heraus können wir das aber nicht glauben, aber wir hören es. Herr Brauser sorgt dafür, dass sich die Ruhrgebiets-Städte auf Oberthemen, wo sie positiv zusammenarbeiten, einigen, die Dinge nach vorne treiben und ihre Probleme gemeinsam erfassen. Unsere Frage als Politiker im Ballungsrand ist: Was ist denn unsere Aufgabe dabei, was haben wir denn originär zu tun? Werden wir überhaupt gebraucht oder werden wir doch nicht so sehr gebraucht? Aber dann soll man es uns sagen. Dann soll man ganz klar sagen, eure 16 Projekte aus dem Kreis Unna, die haben wir zwar in der Kiste liegen, aber im Grunde brauchen wir die nicht, unser Hauptaufgabenfeld ist, das Ruhrgebiet zu vereinigen. Das müssen wir wissen, damit wir wissen, woran wir sind.

Das ist, so denke ich, für uns als Ballungsrand doch die entscheidende Frage bei der Projekt Ruhr. Ich habe selten so ein Interview gelesen, wie das zwischen den Geschäftsführern oder Direktoren der Projekt Ruhr GmbH und des KVR. Gegensätzli-

cher kann man gleiche Fragen nicht beantworten. Ich fand das Interview einfach unglaublich. Von daher glaube ich, dass das nebeneinander herfahren gesichert ist, wenn man die beiden in ihren Aussagen bewertet. Solche Aussagen machen es uns als Kommunalpolitiker schwer, sich zu orientieren, da muss man sich fragen, wo sind wir eigentlich.

Herr Droege, CDU, Vorsitzender

Herr Ostendorff, ich denke, es wird sich zeigen, dass wir die Einigkeit oder Nicht-Einigkeit an konkreten Projekten festmachen werden und an der Frage, im welchem Umfang das ein oder andere auch unterstützt werden kann.

Herr Fleskes, SPD

Nur noch eine ganz kurze Bemerkung. Ich habe den Eindruck, Herr Ostendorff, dass die Aktivitäten der IBA doch ein Stück weiter in die Mitte und in den Osten des Ruhrgebietes gefruchtet haben. Ich kenne einige Projekte, und die Kollegen aus Herne werden auch noch mehr aufzählen können. Dass das vielleicht nicht bis an die Ballungsrandregion gekommen ist, liegt an der Tatsache, dass das Erbe aus dem Emischer-Park auch historisch nicht so weit gereicht hat.

Zu ihrer Bewertung KVR – Projekt Ruhr GmbH – ich will das hier nicht noch einmal aufgreifen – gibt es sicherlich unterschiedliche Akzente, die gesetzt werden. Ich hab das nicht als so dramatisch empfunden, was da diskutiert worden ist. Es gibt ja auch Bewährungsfelder, in denen man zeigen kann, dass eine Zusammenarbeit möglich ist, dass vielleicht der schnellere Zug den langsameren anschiebt oder wie auch immer. Das Beispiel Tourismus ist ja eben schon angesprochen worden, wir hatten eine Ruhr Tourismus GmbH –RTG-, wir hatten eine Sitzung, in der das zentrale Thema war. Die RTG ist im Grunde im Wesentlichen ein Kind des KVR, trotzdem ergibt sich aus der Zielsetzung im Kompetenzfeld Tourismus hier eine durchaus mögliche breite Basis für eine Zusammenarbeit. Ich sehe das jedenfalls eher positiv und optimistisch.

Herr Brauser, aus eigener Erfahrung kann ich nicht nachvollziehen, dass trotz bestehenden Frusts in Teilbereichen im Ruhrgebiet die Resignation ein Ausmaß hat wie Sie es vielleicht ein wenig überpointiert dargestellt haben. Ich kenne viele, auch junge Leute, die durchaus optimistisch in die Zukunft sehen, die allerdings auch Erwar-

tungen an das Handeln der Politik haben. Insofern begegnet sich das mit dem, was Sie hier unternehmen, nämlich diesen Erwartungen an der Stelle zu genügen. Da müssen wirklich alle zusammengehören.

Herr Brauser, Geschäftsführer der Projekt Ruhr GmbH

Ich möchte noch etwas zu den Ausführungen von Herrn Ostendorff sagen. Ich bitte, dass Sie zumindest einmal zugestehen sollten, dass nicht alles, was in der TAZ steht, richtig ist. Wenn man das als Grundlage nimmt und weiß, dass dieser Mensch, der jetzt nicht mehr bei der TAZ ist, uns beide eingeladen hat, um ein kontroverses Gespräch zu haben, kann man ein Teil der Sachen einordnen. Ich war mir mit dem Gerd Willamowski - wir kennen uns sehr lange - einig, dass das die eine Ebene ist. Auf der anderen Ebene liegen die konkreten Projekte. Wir arbeiten, wie ich finde, brillant zusammen bei der Kultur Ruhr. Wir haben das schwierige Projekt „Sicherung der Ruhrfestspiele“ zusammen gemanagt, ohne dass es parteipolitischen Knatsch gab. Wir haben eine gemeinsame Arbeitsgruppe, die sich ernsthaft um die Route der Industriekultur kümmert, weil wir da zum Teil das machen, was wir nicht machen sollten: Wir holen Leute her, machen gigantische Werbung für die Standorte der Industriekultur, wo es dann an Wochenenden noch nicht einmal eine Milch zu kaufen ist, geschweige denn eine Führung angeboten wird. Wir diskriminieren so eines unserer touristischen Leitprojekte zum Teil durch Geldmangel, zum Teil aus Interessen, die kommunalpolitisch begründet sind, zum Teil aber auch durch Nicht-kümmern. An dieser Ecke arbeiten wir zum Beispiel sehr gut zusammen und wir werden auch bei der IBA Emscher-Park zusammen arbeiten müssen, dass sich auch Leute im Apparat gegenseitig auf die Füße treten. Die Medien sind nun mal scharf nicht auf die guten Botschaften für Kooperationsprojekte sondern auf Streit.

Jetzt aber zu einem wichtigeren Thema, nämlich zu der Frage der sogenannten Randgebiete. Die Randgebiete sind ja eigentlich keine Randgebiete, sondern die Gebiete, von denen das Ruhrgebiet perspektivisch lebt. Das ist die Chance des Ruhrgebietes. Denn die Tatsache, dass, wenn wir z. B. mit dem Thema Kreislaufwirtschaft ein konkretes Projekt anpacken, wo wir mit dem Regierungsbezirk hier ein umfangreiches Gutachten auf den Weg gebracht haben, dann ist das eine Verankerung der sogenannten Randbereiche, die mit ihrer Kompetenz reinwachsen. Hier kommt es dann auf Qualitäten an.

Machen wir Überschriften, dann wird der Randbereich genauso wenig wahrgenommen wie Mülheim oder eine andere Stadt, macht man Qualitäten, die sich verankern, dann werden auch die so genannten Rand-Städte reagieren. Ich muss doch hier nichts sagen zu der Kooperation oder Nicht-Kooperation zwischen Unna und Dortmund, z.B. die Ansiedlungsproblematik in Sachen Medizintechnik, die dort im Moment zu bewältigen ist, es gibt noch andere Beispiele. Das sind aber doch Probleme, die haben mit einer Bewertung Zentrum oder Rand nichts zu tun, sondern die haben damit zu tun, ob man sich auf Inhalte verständigen kann. Ich gestehe schon zu, dass auch diese Frage immer etwas mit Eigenprofilierung zu tun hat. Denn jeder muss sich ein Stück profilieren. Aber nicht wir, denn wir müssen nicht gewählt werden. Wir können immer noch sagen, Leute, wir sind der Tisch, an dem ihr zusammen kommen und euch zumindest intern auf gemeinsame Sachen verständigen müsst, selbst wenn sie nach außen aus parteipolitischen oder persönlichen Gründen anders dargestellt werden.

Wir dürfen aber Türen bzw. Zeitfenster nicht verpassen, weil sonst das Licht ausgeht und nicht wieder angeknipst werden kann. Das ist das eigentliche Problem, dass wir vielleicht in den nächsten zwei Jahren noch etwas steuern können, dass es jedoch ab 2003/2004 ganz ganz eng wird. An dieser Stelle noch einmal, denn das ist mir sehr wichtig, es gibt nicht die Rand- und Zentrumsdiskussion. Wenn Sie die Diskussion in Mülheim mitbekommen im Verhältnis zu Essen, gibt es dort ungeheuer viel Konfliktstoff. Trotzdem müssen die sich zusammenraufen, sonst machen sie keine gemeinsame Ansiedlungspolitik mehr.

Essen und Gelsenkirchen – um das Projekt Zeche Zollverein zu realisieren, müssen wir ein gemeinsames Projekt mit Gelsenkirchen realisieren, weil es sonst keine Verkehrsanbindung von der A 42 gibt. Damit schlummert das Weltkulturerbe, was wir am 12. Dezember zugesprochen bekommen, dahin. Und wenn Sie in das Besucherzentrum gehen und sich ansehen, wie dort geworben wird, dann kommen die Leute raus und sagen, wir sind hier falsch, weil wir in den Prospekten etwas ganz anderes gesehen haben. Dies hat nichts mit parteipolitischer Diskussion zu tun, darauf lege ich immer Wert. Wir haben einen anderen Ansatz als IBA, denn der Ansatz ist ein ökonomischer, sich selbst tragender, nachhaltiger und darauf lege ich als Abgrenzung zur Struktur IBA Wert. Danke.

Regierungspräsident Kuschke

Ich möchte gerne die Anregung aufgreifen, die gerade gekommen ist, was die Information und den Austausch zur Projekt Ruhr GmbH, zum Fortschritt der Projekte anbelangt. Mein mit Herrn Brauser abgestimmter Vorschlag ist, dass wir vorschlagen, einmal im Jahr sehr kompakt und umfassend im Regionalrat zu berichten und darüber hinaus nach Bedarf und nach Fortgang der Dinge. Korrespondierend hierzu möchte ich einen Vorschlag der 3 Ruhrgebiets-Regierungspräsidenten weitergeben, nämlich zweimal im Jahr mit den Regionalratsvorsitzenden und den Vorsitzenden der Kommissionen zusammen zu kommen, um Schwerpunktthemen der Ruhrgebietsdiskussion und aktuell anliegende Themen quasi nach Zuruf zu erörtern. Und ich denke, die Projekt Ruhr GmbH sollte mit dabei sein. Ich glaube, dann haben wir eine sehr gute Anbindung und auch Informationsmöglichkeit zu der Fortentwicklung der Vorhaben der Projekt Ruhr GmbH.

Herr Droege, CDU, Vorsitzender

Herzlichen Dank, Wir haben hier heute eine sehr engagierten Vortrag gehört, eine aufschlussreiche Diskussion. Wie gerade von Herrn Regierungspräsident Kuschke angesprochen, werden wir die Fortsetzung dieses Themas nicht nur im nächsten Jahr sondern auch darüber hinausgehend erleben. Herzlichen Dank.

Sitzung des Regionalrates am 06.12.2001

TOP 13 Förderprogramm „Regionale Kulturpolitik 2002“
- Beratung und Beschlussfassung

hier: Antrag der CDU-Fraktion

Neufassung des Beschlussvorschlags:

1. Der Regionalrat berät die Projektplanungen zur Regionalen Kulturpolitik für das Jahr 2002.
2. Der Regionalrat setzt gem. § 7 (3) folgende Vorhaben als prioritär fest:
 - Literaturprojekt „Mord am Hellweg; Tatort Region“
 - Hellweg konzertant 2002 – Marketing der sommerlichen Musikfestivals
 - Internationales Theaterfestival in der Region Hellweg
 - Sauerland-Herbst 2002 (weltgrößtes Brass-Festival)
 - Waldskulpturenweg Wittgenstein-Sauerland
 - Festivalreihe „Die Drei“ (Hilchenbach – Balve – Hagen)
3. Der Regionalrat fordert die Landesregierung auf, zukünftig dem Regierungsbezirk die Mittel als Pauschale zuzuweisen, damit eine Entscheidung über die Mittelverwendung durch den Regionalrat getroffen werden kann.

CDU Fraktion
im Regionalrat
des Regierungsbezirkes
Arnsberg

Bochum, den 05.12.2001

Antrag zur Ergänzung des Beschlussvorschlages der Vorlage 41/4/01

Die CDU Fraktion beantragt den Beschlussvorschlag um folgenden Punkt unter Ziffer 3 zu ergänzen.

3) Die Landesregierung wird aufgefordert den Titel 777 12 (Um- und Ausbaumaßnahmen bis 3,0 MIO. €) mit angemessenen Finanzmitteln auszustatten.

Begründung:

Die für das Jahr 2002 auf den Reg. Bez. Arnsberg entfallende Summe von 2,046 Mio. € ist nach Ansicht des Regionalrates nicht ausreichend und angemessen um den Bedarf an wichtigen Infrastrukturmaßnahmen des Landesstraßennetzes entsprechend den Verkehrsbedürfnissen zu erfüllen. Das gleiche gilt für den Radwegebau an Landesstraßen. Hier stehen im Jahre 2002 nur 0,818 Mio. € zur Verfügung.

Gerade die Baumaßnahmen in diesen Bautiteln sollen vielfach der Verbesserung der Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer dienen. Zum Beispiel Trennung der Verkehrsarten durch den Bau von Radwegen, Umbau von Knotenpunkten zu Kreisverkehrsplätzen, Umbau von Knotenpunkten mit Signalisierung oder Beseitigungen von Unfallhäufungsstellen und Verbesserungen in vorhandenen Straßenzügen.

Dies sind nur wenige Gründe, die es notwendig erscheinen lassen, die eher bescheidenen Finanzmittel aufzustocken. Wenn nach der Priorisierung in jedem Jahr nur 2-3 Maßnahmen durchgeführt werden können, würde eine Abarbeitung des vorgelegten Programms ca. 10 bis 12 Jahren dauern. Dieser Zeitraum ist einfach zu lang, um die notwendigen und dringenden Infrastrukturmaßnahmen im Landesstraßennetz von der Größe des Regierungsbezirkes Rechnung zu tragen.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Horneck
(Vorsitzender)

Bündnis 90/Die Grünen im Regionalrat Regierungsbezirks Arnsberg
c/o Udo Werner • Bahnhofstr. 1-3 • D-58452 Witten

Herrn
Hermann-Josef Droege
In der Steinkaute 5
D-57234 Wilnsdorf

 4/12-01



Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im
Regionalrat Regierungsbezirk Arnsberg

Bürozeiten:	Fraktionsmitglieder:
Mo: 15.00-18.00 h	Wolfgang Cordes (Verkehrskommission)
Di: 10.00-15.00 h	Friedrich Ostendorff (Strukturkommission)
Fr: 10:00-15:00 h	Udo Werner (Planungskommission)

Witten, 03.12.2001

Ihr Zeichen/Ihr Schreiben vom:

Ihr Tel.-Anruf vom:

Unser/Mein Schreiben vom:

Unser/Mein Tel.-Anruf vom:

Anfrage nach § 12 der GeschO mit der Bitte um schriftliche Beantwortung

Sehr geehrter Herr Hermann-Josef Droege,

zu Ihrer Information sende ich Ihnen folgende Anfrage:

Mit der Bitte um schriftliche Beantwortung hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezüglich des Erarbeitungsbeschlusses zum GEP *Teilabschnitt Oberbereich Dortmund - westlicher Teil* folgende Fragen:

- In welchem Umfang wurden die Ergebnisse und Erkenntnisse des Endberichts¹, der im Auftrag des MURL NRW erarbeitet wurde, bei der Erstellung des GEP-Entwurf berücksichtigt?
Konkret: Wurde der GEP-Entwurf an Hand des Indikatorenmodells auf Nachhaltigkeit in Form eines Praxistests im Rahmen einer Pilotphase überprüft, mit dem Ziel die Indikatoren später zu verbessern und langfristig zu etablieren?
Im welchen Umfang wurde die Handlungsempfehlungen dieses Modells bereits berücksichtigt?
- Nach welchen Berechnungsmethoden wurden der ASB-Bedarf und der GIB-Bedarf berechnet und welche Alternativ-Methoden existieren?
- Welche Eingangsdaten (bezogen auf die einzelnen Orte des betreffenden Teilabschnitts) führten bei der Berechnung des ASB- und GIB-Bedarfs zu den Ergebnissen der Tabelle 1 und 2 (S. 33 und S. 40) sowie den dazu gehörenden Kapiteln und GEP-Zielen? Wie hoch ist der derzeitige (Zum Zeitpunkt der Aufstellung des GEP-Entwurfs) und der zukünftige Bedarf an ASB- und GIB-Flächen?
- Wie hoch ist der Anteil der Optionsflächen (Flächen, die sich noch im Eigentum von Unternehmen befinden, derzeit aber nicht genutzt werden) an der Gesamtfläche der GIB verteilt auf die einzelnen Kommunen des betreffenden Teilabschnitts?

¹ Fakultät Raumplanung - Fachgebiet Landschaftsökologie und Landschaftsplanung, Universität Dortmund: Erarbeitung eines Indikatorenmodells zur Nachhaltigkeit räumlicher Entwicklungen in NRW, o.O., o.J.

- e) Wurden die Unteren Landschaftsbehörden im Geltungsbereich des betreffenden Teilabschnitts bei der Ermittlung der Abgrenzungen der BSLE-Flächen bei der Erstellung des GEP-Entwurfs einbezogen?
In welchen Bereichen gab es Übereinstimmungen mit den ULBs und in welchen Bereichen hatten die ULBs andere Abgrenzungsvorschläge, die von denen des GEP-Entwurfs abweichen?
- f) Wie hoch ist der Flächenanteil für die Verkehrsinfrastruktur (Schiene und Straße), der sich ergeben würde, wenn alle Planungen (Neu- und Ausbaumaßnahmen) im betreffenden Teilabschnitt verwirklicht werden würden? Die Leistungsfähigkeit einer Straße erfordert eine bestimmte Breite. Aus den bekannten Richtlinien (z.B. EAE und RAS) müßte sich die Fläche berechnen bzw. abschätzen lassen.

Begründung:

Um eine zielführende und rationale Entscheidung über alle Teilbereiche eines Gebietsentwicklungsplans zu ermöglichen, ist die Beantwortung der oben gestellten Fragen unabdingbar. Der Entwurf stellt ein Ergebnis umfangreicher Arbeiten dar, die nur beurteilt werden können wenn die Eingangsdaten, Berechnungs- und sonstigen Methoden bekannt und nachvollziehbar sind.

Eine schriftliche Beantwortung ist sinnvoll, weil es sich z.T. um generelle Fragen handelt, die abschließend geklärt werden müssen, da sie stellvertretend für alle zukünftigen GEP-Änderungen bzw. GEP-Neuaufstellungen gelten.

Mit freundlichen Grüßen



Udo Werner
Mitglied des Regionalrats
Politischer Geschäftsführer

Verteiler: Herr Hartwig Meier, Geschäftsstelle Regionalrat
Herr Heiko M. Kosow
Herr Klaus Brunsmeier
Fraktionsvorsitzende: SPD, FDP